

---

Ausführungen von Herrn Dr. Michael Lucke,  
Vorsitzender des Fachbeirates der  
Internationalen Eisenwarenmesse / PRACTICAL WORLD und  
Vorsitzender des Fachverband Werkzeugindustrie e. V.,  
anlässlich der Messeeröffnung  
am 14. März 2004, 10.00 Uhr im Blauen Salon, Messegelände Köln

**— Es gilt das gesprochene Wort —**

---

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Canisius,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Fischer,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch ich darf Sie zu dieser Eröffnungstunde der Internationalen Eisenwarenmesse / PRACTICAL WORLD ganz herzlich begrüßen. Der KölnMesse danke ich im Namen aller Teilnehmer für den gestrigen geselligen Abend im Gürzenich, der wie immer ein Glanzlicht am Vorabend dieser Weltleitmesse war.

Wenn das einzig Beständige in dieser Welt der Wandel ist, dann sind wir mit unserer Veranstaltung auf einem guten Wege. Im November 2003 beschloss der Fachbeirat einstimmig, unsere globale Leitmesse künftig alle zwei Jahre, und zwar in den geraden Jahren, als Fachhandelsmesse mit starker internationaler Ausprägung durchzuführen. Dieser Rhythmus entspricht eher den Innovationszyklen in Industrie und Handel und wird die Attraktivität der Messe erhöhen.

Die klare Gliederung in zwei gleichberechtigte Marken mit drei Messesäulen unter einem Dach ist ein wichtiges Element dieses neuen Konzeptes – die Internationale Eisenwarenmesse also mit den Säulen Werkzeug sowie Sicherungstechnik, Schloss + Beschlag und die PRACTICAL WORLD mit der Säule Bau- und Heimwerkerbedarf / DIY.

Intensiv ist diese Entscheidung seitens der ausstellenden Industrien vorbereitet und diskutiert worden. Die Entscheidung nimmt Rücksichten auf eine veränderte Angebots- und Nachfragestruktur im Messewesen unter Partnern, die eine Vielfalt von Kunden- und Vertriebsbeziehungen zu berücksichtigen haben, letztlich aber das **Eine** wollen:

Die Internationale Eisenwarenmesse / PRACTICAL WORLD in Köln weltweit als das Mekka für die Werkzeugindustrie, die Schloss- + Beschlagbranche und die Baumarkt- und Heimwerker Bedarfsträger zu stärken und hier den Markt alle zwei Jahre komplett abzubilden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die diesjährige Messe findet vor dem Hintergrund einer etwas diffusen gesamtwirtschaftlichen Lage statt. Zwar wiesen alle wichtigen Indikatoren im letzten dreiviertel Jahr stetig nach oben, doch aus der Automobilindustrie heißt es: "Der Aufschwung findet in allen Prognosen statt, nur nicht in unseren Auftragsbüchern". Ähnliches gilt für die Werkzeugindustrie und wohl auch für Schloss + Beschlag. Der letzte Wert des IFO-Indexes sank zum ersten Mal nach zehn Monaten, und auch der Handelsblatt-Frühindikator für März signalisiert, dass die Konjunkturerholung in Deutschland ins Stocken geraten könnte. Risikofaktoren sind der gegenwärtig wieder sehr hohe Ölpreis, der starke Euro, das Auslaufen der stimulierenden Wirkung der Steuersenkungen in den USA und die nach wie vor lahrende Binnennachfrage in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, wird es immer dringlicher, Rahmenbedingungen in Deutschland zu schaffen, die wirtschaftliches Wachstum wieder ermöglichen. Als wir vor einem Jahr die Messe eröffneten, standen die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zur Reformagenda 2010 noch wenige Tage aus. Heute plagt mich die Sorge, dass die Agenda, die zwar ein eindeutiger Fortschritt, aber nicht der erhoffte große Wurf war, durch die Demission des Kanzlers vom SPD-Parteivorsitz und das Wahldebakel in Hamburg vor dem k.o. steht.

Durften wir zwar noch in den Sommermonaten des Jahres 2003 den vielleicht wichtigsten Erfolg des Reformpaketes erleben, nämlich dass sie gegen den erbitterten Widerstand der Blockierer in den Gewerkschaften durchgesetzt und deren faktisches Veto-Recht in der Sozialpolitik damit gebrochen wurde, so steht jetzt zu befürchten, dass mit dem Schielen auf die anhaltend schlechten Akzeptanzwerte als Partei die SPD nun die Gegenreformation einleitet. Die gerade erst begonnenen Reformen bleiben stecken, weitere werden wohl nicht angepackt — es zeichnet sich der Sieg der linken Parteisoldaten über die Planer eines modernen Zukunftsmodells für Deutschland ab.

Wir brauchen aber Reformen, die noch viel weiter gehen. Und dafür benötigen wir zwar keine große Koalition, aber eine große Kooperation aller vernünftigen Akteure. Denn durch den rigorosen Zugriff des Staates und der Sozialsysteme auf einen immer größeren Teil des Sozialproduktes ist die Investitionsfähigkeit der Unternehmen mehr und mehr beeinträchtigt mit der Folge, dass allein in den letzten zwölf Jahren ein Viertel aller industriellen Arbeitsplätze in Deutschland verloren gegangen ist. Noch 1970 waren Investitions- und Sozialleistungsquote mit je 25 % etwa gleich hoch. Jetzt gehen dagegen noch knapp 20 % in neue Anlagen, aber über 30 % in die Sozialsysteme. Dies hat verheerende Konsequenzen für die Ertragskraft und das Wachstum unserer Volkswirtschaft. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt in einer Analyse zu den Determinanten des wirtschaftlichen Wachstums zu dem Ergebnis, dass insbesondere die Unternehmensinvestitionen eine zentrale Rolle spielen: Eine Erhöhung um nur einen Prozentpunkt hat einen Wachstumseffekt von 2,5 %.

Ein Teil des Problems ist natürlich auch die "Migration" von Investitionen, eingeleitet durch den Prozess tiefgreifender Umbrüche in Deutschland wie die Globalisierung, Informatisierung, Tertiarisierung, Strukturwandel und den Wettbewerbsdruck mit der Folge, dass die regionale Standortbindung der Unternehmen abnimmt. Die Wanderung, allzu oft die Abwanderung, vollzieht sich meist still und leise. Die Öffentlichkeit bekommt das gar nicht richtig mit und meint, alles sei in bester Ordnung. Dabei geht es gar nicht mehr um die lohnintensive Fertigung allein, sondern auch um Funktionen wie Verwaltung, Informatik, Forschung und Entwicklung — sogar der Sitz des Unternehmens steht auf dem Prüfstand.

Was ist zu tun?

Es gibt in der Wissenschaft keinen Dissens, und es ist durch Beispiele auch belegt, dass die Senkung der Staatsquote kräftiges Wirtschaftswachstum induzieren würde. Die Senkung der Staatsausgaben kann erreicht werden, indem sich der Staat auf seine Kernaufgaben zurückzieht und seine konsumtiven Ausgaben sowie die Subventionen drastisch reduziert.

Ein bedeutender Schritt – und dann auch möglich – wäre eine weitere Senkung von Steuern und Abgaben. Dabei ist der psychologische Effekt von Steuersenkungen nicht hoch genug anzusetzen. Privathaushalte und Unternehmen haben nicht nur kurzfristig mehr Geld in der Tasche, sondern es entwickelt sich auch Vertrauen in die zukünftige Entwicklung. Die Aussichten auf eine niedrigere Grenzbelastung und größere Absatz- und Wachstumschancen können die Investitionsbereitschaft wieder beflügeln. Viel zu häufig wird für meinen Geschmack von "Gegenfinanzierung" geredet. Damit wächst die Angst, am Ende müssten die Unternehmen doch wieder die Zeche zahlen. Was wir wirklich brauchen, ist keine Gegenfinanzierung durch höhere Abgaben und keine Steuersenkung auf Pump, sondern eine Senkung der Staatsausgaben. Das ist unser Vorschlag für eine Gegenfinanzierung.

Kontraproduktiv ist in diesem Zusammenhang das ständige laute Nachdenken profilierungssüchtiger Politiker über z. B. Mehrwertsteuererhöhungen, eine Verdreifachung der Kfz-Steuer oder die Heranziehung "großer" Vermögen zur Finanzierung von irgendetwas. Solche Äußerungen schaffen nicht die Aufbruchstimmung, das Vertrauen und die Planungssicherheit, die notwendige Grundlage für mehr Konsum und Investitionen sind.

Was wir brauchen, ist "Mut statt Missmut" wie es Graf Lambsdorff Anfang der neunziger Jahre nannte. Wir müssen wieder mehr wagen. Wir dürfen uns nicht mehr so sehr vor Risiken scheuen. Unternehmerischer Geist im besten Sinne des Wortes muss die deutsche Vollkaskomentalität vertreiben. Es ist unsere Aufgabe, hierfür bei jeder Gelegenheit zu werben.

Wenn wir unseren Wohlstand weiterhin sichern wollen, müssen nicht alle, aber viele Menschen in Zukunft wieder mehr arbeiten, auch ohne Lohnausgleich. Das Tarifrecht ist dahingehend zu flexibilisieren. Zwischen den Sozialpartnern muss endlich wieder Waffengleichheit hergestellt werden. Die diesjährige Tarifauseinandersetzung hat es doch wieder gezeigt: Die IG Metall kann mit einigen wenigen Punktwarnstreiks eine hochempfindliche Produktions- und Logistikkette lahm legen, die den Unternehmen Ausfälle und Verzögerungen einbringt. Unter diesem Druck bricht natürlich jede gemeinsame Arbeitgeberstrategie zusammen.

Eng verbunden mit den Sorgen um die Arbeitsplätze ist auch die Situation im Bereich der beruflichen Ausbildung. Wir müssen es schaffen, jedem Schulabgänger einen Ausbildungsplatz anbieten zu können. Aber es fehlt oft an Bedingungen, um die Einrichtung eines Ausbildungsplatzes für Unternehmen attraktiver zu machen. Die Schüler müssen ausbildungsfähig sein, damit sie im Betrieb etwas lernen und dort eingesetzt werden können. Für theorieschwächere Jugendliche müssen weitere verkürzte, Praxis orientierte Ausbildungsgänge entwickelt werden.

Übernahmeverpflichtungen sind ein Hindernis für neue Lehrstellen und daher abzuschaffen. Eine Ausbildung ohne die Gewissheit eines anschließenden Jobs ist alle Mal besser als keine Ausbildung! Und vor allem muss damit aufgehört werden, die Lage am Ausbildungsmarkt übermäßig zu dramatisieren. Die Ausbildungsleistung unserer Wirtschaft ist trotz der schlechten Konjunktur und trotz der zahlreichen strukturellen Hindernisse nach wie vor beeindruckend.

Es ist ungerechtfertigt, wenn namhafte Politiker auf die Unternehmen einprügeln und ihnen vorwerfen, sie würden keine Verantwortung für die Ausbildung empfinden. Da kann man eigentlich nur sagen, diejenigen, die im Glashaus sitzen, sollten nicht mit Steinen werfen. Denn gerade die öffentliche Hand und die Gewerkschaften bilden gemessen an der Wirtschaft besonders wenig aus. Im Übrigen ist auch die ständige Drohung mit einer Zwangsabgabe nicht gerade förderlich.

Die Ausbildungsplatzabgabe ist ökonomisch unsinnig und deswegen abzulehnen — aber sie ist von hohem Symbolwert für die unter vermeintlichen Gerechtigkeitsdefiziten leidenden Parteilinken der SPD. Der designierte Parteivorsitzende Müntefering gießt Balsam über die hysterische Partiseele — der Kanzler stimmt dem Unfug widerwillig zu und Minister Schartau in Nordrhein-Westfalen hat zutreffend festgestellt, im Endeffekt führt die Ausbildungsplatzabgabe zu einer Verstaatlichung der Berufsausbildung. Und wenn Ministerpräsident Steinbrück die Idee der Ausbildungszwangsabgabe als "bürokratischen Reflex auf ein unzweifelhaft drängendes, gesellschaftliches Problem" abtut, dann ist dies eine erfreuliche Abkehr von einem erneuten Versuch, die Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns lange davor gescheut, unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Zu lange wurden die Augen vor den immer größer werdenden strukturellen Problemen verschlossen. Es war ein großer Fehler, sich in den Erfolgen der Vergangenheit zu sonnen und bei jeder Talfahrt auf den nächsten Konjunkturaufschwung zu warten. Jetzt endlich besteht die Chance, die Probleme wirksam anzupacken. Viele der ausgelobten Reformen gehen zwar noch nicht weit genug. Aber ein Anfang ist gemacht. Die Richtung stimmt. Die Reformbereitschaft in Deutschland wächst. Die Menschen wollen Signale, die ihnen Mut machen.

Wir Unternehmer werden uns am politischen Dialog wie bisher kritisch, aber konstruktiv beteiligen. Wir werden uns aber vor allem mit Zuversicht und Risikobereitschaft auf unsere ureigenen Aufgaben konzentrieren. Das können unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade in schwierigen Zeiten mit Recht von uns erwarten.

Deutschland ist in der Krise. Die Krise manifestiert sich in allen Teilen Deutschlands, auch im Management unserer Unternehmenskollegen. Es ist ohne Zukunft, wenn Manager sich nichts Neues einfallen lassen, sich nur auf die Verwaltung bestehender Märkte und Produkte reduzieren. Deutschland braucht erheblich mehr unternehmerische Dynamik als bisher. Gleichzeitig brauchen wir weniger Eitelkeit und mehr Demut. Die Unbescheidenheit der Manager sollte sich bei den Ansprüchen an die eigene Leistung auch niederschlagen.

Die unerfreuliche Begleitmusik aus der Wirtschaft, Stichwort: Abfindungen bei Mannesmann oder die Kündigung der Betriebsrenten bei der Commerzbank, während der heißen Phase der politischen Reformen hat leider mit dazu geführt, daß die Stimmung beim kleinen Mann auf der Straße gekippt ist. Um so mehr bin ich der Meinung, dass die Sanierung Deutschlands eine Aufgabe für alle ist, für Politiker, Unternehmer und natürlich auch alle Bürger.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich Ihnen, den Ausstellern und den Besuchern der Internationalen Eisenwarenmesse / PRACTICAL WORLD vier interessante und erfolgreiche Messetage wünschen. Nehmen Sie so viele Informationen und gute Eindrücke wie nur möglich mit. Denn Sie wissen ja, die nächste Veranstaltung findet erst 2006, dann allerdings – wie ich finde – im hervorragend neu gestalteten Messegelände statt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.